Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,50 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht"
Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 131. Bielefeld, Montag, 8. Juni 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom 6. Juni 1896, 2 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstische: v. Bötticher, Frhr. v. Marschall, der Reichskanzler 2c.

Die dritte Lesung des Börsengesetzes wird fortgesetzt, und zwar wird die gestern abgebrochene Generaldiskussion wieder aufgenommen.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Herr Frese hat gestern der Landwirtschaft infolge des Verbots des Terminhandels erhebliche Schädigungen vorausgesagt, Herr Singer hingegen hat eine erhebliche Getreidepreissteigerung prophezeit. Wer wird nun Recht haben? (Heiterkeit.) Ich glaube, beide haben Unrecht, es wird keine Verbilligung des Getreides, aber auch keine irgendwie erhebliche Preissteigerung eintreten. Das Verbot des Getreideterminhandels wird eine segensreiche Wirkung üben. Herr Frese sagte, der Handelsstand sei durch das Gesetz empfindlich beleidigt worden. Ich sage, wir befinden uns in völliger Uebereinstimmung mit der weitaus großen Mehrheit der deutschen Getreidehändler und nicht etwa blos der großen, sondern auch der kleinen Getreidehändler. Interesse an dem Fortbestand des Terminhandels haben nur die Händler, die an der Berliner Börse beteiligt sind (sehr gut, rechts); im Westen und im Süden hat niemand ein Interesse daran. Redner geht hierauf auf die von ihm eingebrachte Resolution ein, die die Einsetzung von Registrierungskommissionen für die zum Abschluß gebrachten Getreidegeschäfte verlangt, und empfiehlt sie der Regierung zur Berücksichtigung.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg erklärt namens seiner Partei die Zustimmung zu dem Gesetze; er hofft, daß in der dritten Lesung noch einige Verbesserungen hineingebracht werden. Er sei sich bewußt, daß die Börse nicht ausrottbar sei, nur die Wucherranken an dem Baume müßten abgeschnitten werden. Er verkenne nicht die Bedeutung des Handels; der Handel müsse aber immer der Diener der Produktion bleiben, sich nicht zum Herrn der Produktion aufschwingen. Das Termingeschäft habe wucherischen Charakter. Man gebe sich im Volke nun keineswegs der Hoffnung hin, daß nun auf einmal alles besser werden würde. Zunächst würde man mit der Rachsucht der Börse zu rechnen haben; es würde aber nur eine Uebergangszeit sein. Ebenso wie den Getreideterminhandel verurteile er den Effektenterminhandel; daß auch dieser nicht verboten sei, bedauere er, denn die Verleitung zum Börsenspiel sei ungemein groß. Bei der Auswahl der Börsenkommissare möge man nicht auf Geheimratstitel, sondern auf die praktische Befähigung das Hauptaugenmerk richten. Redner polemisiert gegen den Abg. Fischbeck, der seine Thätigkeit in der Kommission bemängelt habe. Herr Fischbeck habe mit vielem Reden nichts erreicht, er habe seine kühnsten Erwartungen trotz der Zurückhaltung übertroffen gefunden. Denn so sanguinisch sei er nicht, daß er im jetzigen Reichstage schon die letzten Ziele der antisemitischen Partei verwirklicht zu sehen glaube. Es wäre leicht gewesen, antisemitische Reden zu halten, denn bei der Börse gelte das Wort: „Wohin Ihr packt, Ihr werdet Juden packen". Die antisemitische Partei habe große Erfolge erzielt; sie habe es zu Wege gebracht, daß Zentrum und Nationalliberale der Volksströmung nachgegeben haben. Er glaube nicht, daß alle diese Herren nun Antisemiten geworden seien; er spreche nur von dem latenten Antisemitismus, der in der Brust jedes arischen Mannes lebt. (Große Heiterkeit.) Bezeichnend ist wieder die Haltung der Sozialdemokratie. Sie zeigt den Janouskopf. Für den ersten Entwurf hatte sie gestimmt, der war ungefährlich. Sowie aber nur einige wirksamere Bestimmungen hineinkommen, sagt die Sozialdemokratie: Nein. Die Sozialdemokratie will sich die goldenen Quellen der Börse nicht verstopfen. Gerade die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie ist die beste Empfehlung für das Börsengesetz.

Abg. Singer (Sd.): Ich gönne den Nationalliberalen, von einem Herrn Liebermann gelobt zu werden. Ich erkläre dem Vorredner noch einmal, nur das Verbot des Terminhandels zwingt uns, gegen das Gesetz zu stimmen. Wenn Graf v. Kanitz unsere Motive loyal und ritterlich bekämpft hat, so wäre das von einem Herrn Liebermann nicht zu verlangen. Dieser Herr schiebt uns andere Motive unter und sagt, wir wollen uns die goldenen Quellen der Börse nicht verstopfen. Wie würde es Herrn Liebermann gefallen, wenn ich hier sagen wollte: Rudolf Hertzog hat für einen gewissen Herrn die Schulden gezahlt, damit er weiter antisemitische Agitation treiben könne (Heiterkeit). Zu der Zeit, wo wir für das Gesetz eingetreten sind, war vom Verbot des Getreideterminhandels nicht die Rede, unsere Haltung ist durchaus konsequent, und wenn Herr Liebermann ehrlich sein wollte, dürfte er uns nicht einer Inkonsequenz zeihen. Wir fürchten die öffentliche Meinung nicht. (Oho! rechts.) Nein, wir haben das nicht nötig. Vergleichen Sie doch unsere Führer mit den antisemitischen. Wir haben unter uns keine Zuchthäusler, keine Meineidigen. Wir können vor der öffentlichen Meinung bestehen. Man muß solche Dinge hier aussprechen, weil das Verhalten der Antisemiten sich hier im Hause zu Gewohnheiten auswächst, die es notwendig machen, daß man entweder mit dem Dreschflegel dreinschlägt oder das Schweigen der Verachtung beobachtet.

Vizepräsident Schmidt bittet den Redner, sich in Bezug auf Mitglieder des Hauses etwas maßvoller auszudrücken.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich muß noch einmal auf den Fall Plötz zurückkommen. Ich habe ihn zur Sprache gebracht nur zu dem Zwecke, um nachzuweisen, wie wenig berechtigt die sittliche Entrüstung ist, welche die Herren Agrarier über die Börse zur Schau tragen. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Herr von Plötz hat gestern eine rechte Verlegenheitsrede gehalten; das war wohl der allgemeine Eindruck. In der „Deutschen Tages-Zeitung" läßt er sich aber bescheinigen, daß er sich vollständig gerechtfertigt habe. Ich gratuliere ihm zu seiner Bescheidenheit. (Heiterkeit.) Ich soll die Stellung von Aufsichtsräten hier nur erwähnt haben, um den Herren einen Makel anzuheften. Ja, wenn die Herren die Stellung eines Aufsichtsrats selbst nicht für einen Makel halten, dann dürfen sie sie doch auch nicht anderen zum Vorwurf machen. Herr v. Plötz scheint einen Unterschied zwischen den Aufsichtsräten auf der rechten und der linken Seite des Hauses zu machen. So viel steht doch fest, daß die Aufsichtsräte Summen erhalten, die mit ihrer Arbeitsleistung in keinem Verhältnis stehen. Herr von Plötz will nur ganz kleine Geschäfte an der Börse gemacht haben. Diese Entschuldigung erinnert mich an eine englische Novelle, wo eine Amme mit einer frommen, vornehmen und hochmoralischen Dame zusammenkommt. Die Dame fragt die Amme nach ihrem Manne, und als diese bekennt, sie habe keinen Mann, weist die Frau entrüstet auf das Kind hin. Die Amme bestätigt das Vorhandensein des Kindes, fügt aber entschuldigend hinzu: „es ist aber nur ein ganz kleines." (Heiterkeit.) So klein sind übrigens die Spekulationen des Herrn von Plötz nicht gewesen; eines seiner Geschäfte betrug 500 Tonnen, das sind 10 000 Zentner, und die kleineren Geschäfte überstiegen auch das Minimum, das an der Börse gehandelt werden darf. Bei einem Geschäft von 500 Tonnen kann man übrigens 50 bis 60 000 Mark verlieren; ein anderer Agrarier, den ich nicht nennen will, hat bei einem Geschäft von 800 Tonnen 60 000 Mark verloren, verloren kann ich eigentlich nicht sagen, denn der Betreffende hat die Differenz nicht bezahlt. (Große Heiterkeit.) Die Verteidigung des Herrn von Plötz ist um so bezeichnender, als er diese Geschäfte zu einer Zeit gemacht hat, als er schon Präsident des Bundes der Landwirte war. Es ist das eine Handlung, die nicht besser zu charakterisieren ist, als wenn man Worte und Handlungen gegenüberstellt. Schließlich ist Herr v. Plötz sentimental geworden und hat gesagt, es sei nicht schön und ihm nicht angenehm, wenn solche Dinge hier im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Es ist nun nicht meine Mission, der Rechten Annehmlichkeiten zu bereiten. So stehen wir nicht mit einander. (Große Heiterkeit.) Wenn aber Herr v. Plötz Gleiches mit Gleichem vergelten will, so wird ihm das nicht gelingen. Ich bin mir keiner Handlung bewußt, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätte. Also heraus mit Ihrem Flederwisch, Herr v. Plötz. Es ist wirklich ein starkes Stück, hier den Empfindlichen zu spielen, wo wir andererseits grade von den Herren auf der Rechten auf das Niederträchtigste verleumdet werden. Wir sollen unsere Gegner schonen, die uns am liebsten mit Galgen und Strick bedrohten? Die uns am liebsten außer Landes vertreiben wollen, damit sie das mahnende Gewissen, das die Sozialdemokratie darstellt, nicht mehr hören? Wir informieren uns genau, ehe wir eine Behauptung aufstellen und können die Wahrheit jederzeit beweisen. Herr von Plötz hat das unverschämte und gemeine Lügen ge-

---

Eine Bekehrung.

Roman von **Georges Renard.**

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

57 [Nachdruck verboten.]

Frau Savenay wollte in ihrer Besorgnis einen bedeutenden Arzt konsultieren. Sie erinnerte sich, daß Doktor Charpentier, der einer der bekanntesten Spezialisten in Paris geworden war, früher mit ihrem Gatten befreundet war, und obgleich sie ihn lange Zeit aus den Augen verloren hatte, entschloß sie sich doch, ihn aufzusuchen. Es ist so schwer, wenn man eine Konsultation wünscht, die über das Leben einer geliebten Person entscheiden kann, und dabei auf die eisige Gleichgültigkeit eines Unbekannten stößt.

Sie hatte denn auch Germaine, die alles willenlos über sich ergehen ließ, zu dem Arzte geführt. Der Arzt erinnerte sich noch sehr wohl an Herrn Savenay und sein Haus in der Murillostraße. Die kanale Höflichkeit, die er für alle seine Patienten hatte, wurde sofort einen Grad wärmer und zeigte jenen Anschein wirklichen Interesses, das alle Leidenden so sehnlich für sich wünschen. Für das junge Mädchen hatte die berufsmäßige Unbeweglichkeit seiner Züge einer liebenswürdigen Miene Platz gemacht.

Lange hatte er sie untersucht, geklopft, und ausgefragt. Einen Augenblick erschien eine besorgte Falte auf seiner Stirn, die aber schnell wieder verschwand, und der Arzt sagte mit väterlichem Lächeln:

„Das Herzchen ist etwas zu empfindlich und muß deshalb sehr in acht genommen werden. Alle Aufregungen und Sorgen müssen fern gehalten werden. Sie, gnädige Frau, werden mit ihrem Töchterchen am besten schleunig auf Reisen gehen. Zunächst in die Schweiz, nach Montreux; wenn der Winter kommt, gehen Sie mit den Schwalben nach dem Süden, nach Nizza, Pau, nach Algier, nach einem geschützt liegenden Orte, und dort bleiben Sie den Winter über Zerstreuungen, wie Theater, Tanz und dergleichen brauchen Sie für Ihre Tochter nicht zu fürchten. Der Geist muß in diesem Falle viel mehr gepflegt werden, als der Körper. Ihre Tochter braucht keine Behandlung weiter als viel frische Luft, leichte Bewegung, lange Spazierfahrten am Ufer des Meeres, kleine Bergtouren, aber ja nicht zu anstrengende, eine ausgesuchte Kost, alten Bordeaux, von Zeit zu Zeit ein wenig Champagner. Das, denke ich, ist eine Verordnung, die nichts Schreckliches hat, mein Fräulein," hatte er noch, sich lächelnd an das junge Mädchen wendend, hinzugefügt, das auch lächelte, — aber welch sonderbares Lächeln!

Er gab sich nicht die Mühe, danach zu forschen, was der eigentümliche Gesichtsausdruck Germaines in diesem Augenblick zu bedeuten hatte. Er beugte sich über den Tisch, um das Rezept einer Arznei aufzuschreiben, die sie bei Anfällen einnehmen sollte. So sah er auch die gebrochene Haltung der Mutter nicht, nicht ihren angstvollen Blick, nicht die zitternden Lippen, die sich öffneten, als wollten sie ein peinliches Geständnis stammeln, die sich jedoch wieder schlossen, ohne ein einziges Wort hervorgebracht zu haben.

Als er sich umwandte, nahm er das Zittern der Mutter, die soeben vierzig Franks auf den Kamin gelegt hatte, für die natürliche Erschöpfung, die langes Warten und die tragische Feierlichkeit einer ärztlichen Untersuchung verursachen. „Beruhigen Sie sich, gnädige Frau," sagte er noch. „Die Gefahr kann noch beschworen werden, aber ich kann Ihnen nicht genug Vorsicht anempfehlen!"

Damit verabschiedete er die beiden Frauen mit der Miene eines Mannes, der es eilig hat, weil er sich noch einer großen Zahl anderer Kranken widmen muß.

Frau Savenay ging verzweifelt hinaus. Wenn sie etwas Geld hätte, dachte sie, könnte sie die Gesundheit, das Leben ihres geliebten Kindes retten, aber nun war sie nicht mehr reich genug, um es zu können! Wie sie die Glücklichen der Welt beneidete, die, wenn sie wollen, mit ihren Angehörigen die gesunde Luft der Berge oder der See, den milden Winter, die belebende Sonne warmer Länder aufsuchen konnten!

O Gott, haben die Armen denn weniger ein Recht darauf, zu leben? Lieben sie ihre Kinder etwa weniger? Die unglückliche Frau dachte zum erstenmal mit Zorn an die unschätzbaren Privilegien, die der Reichtum seinen Besitzern bietet. Unaufhörlich wälzte sie Pläne in ihrem Geiste. Wo sollte sie das nötige Geld auftreiben? Sollte sie Onkel Theodor darum bitten? Sie that es in einem Briefe. Er antwortete ihr darauf trocken, daß seine Einnahmen ihm selbst nicht gestatteten, sich den Luxus einer sechs Monate dauernden Reise zu gönnen. Gegen sicheres Unterpfand wäre er bereit, ein Darlehen zu gewähren, schrieb er, als wußte er nicht, daß er damit die Ironie bis zur Grausamkeit trieb. Sollte sie verkaufen, was ihr von ihrer vergangenen Herrlichkeit noch geblieben war? Dafür konnte sie kaum die Reise bezahlen. Und dann, wovon sollte sie dort unter all den Fremden leben? André davon benachrichtigen? Er gab ihr schon alles, was er hatte. Warum sollte sie ihm den Kummer bereiten, zu wissen, daß dies alles noch nicht ausreichend war?

Germaine war es da, die ihre Mutter tröstete und beruhigte. Man müsse verständig sein, sagte sie. Der Arzt hätte ihr eine Arznei für reiche Leute verschrieben. Aber da sie nicht mehr so viel Geld hätten, würde es auch ohne dies gehen, das wäre sehr einfach. Sie würde die Medizin nicht nehmen und doch gesund werden wie Molière. Wären nicht Tausende und Abertausende von Leuten in derselben Lage wie sie? Sie würde sich pflegen, so gut sie könnte, die bittersten Tropfen hinunterschlucken und dann im Frühjahr so standfest sein, wie der Pont-neuf (eine Brücke in Paris), wenn es auch nur wäre, um diesen abscheulichen Doktor zu ärgern! Allmählich ließ Frau Savenay sich denn auch durch diese tapfere Entsagung beeinflussen, und schließlich kam man bezüglich der Vorschriften des Arztes zu einem Kompromiß. Reisen konnten sie nicht, weil es unmöglich war. Aber Germaine solle täglich eine ausgesuchte Mahlzeit halten, zartes Fleisch, feine Früchte und Weine genießen, und sie mochte sich noch so sehr dagegen wehren, sie mußte zum Frühstück den Flügel eines Huhnes, einen Pfirsich von Montreuil, ein Glas alten Château Lafitte zu sich nehmen, während ihre Mutter ein Ei, ein Stück Brot aß und gewöhnlichen Wein trank.

Ein Armband, ein Schreibtisch à la Louis XV., alte Freunde früherer Tage, von denen sich niemals zu trennen Frau Savenay sich gelobt hatte, waren nacheinander verschwunden; aber Germaine hatte dafür im Landauer zwei oder drei große Ausflüge auf das Land mit seiner reinen Luft oder in den schattigen Park von Saint Cloud machen können.

(Fortsetzung folgt.)

nannt, was ich hier vorgebracht habe, umsomehr hatte ich die Pflicht, hier zu beweisen, daß Herr v. Plötz an der Börse anders handelt, als er in der Presse schreibt und im Reichstage spricht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und links.)

Abg. Dr. Hahn (Wild-Kons.): Herr Singer hat sich selbst gelobt, er hatte aber kein Recht dazu, denn seine Art, die Debatte zu führen, verdient das Lob nicht. Der Abg. Plötz bestreitet nicht, einzelne Börsengeschäfte gemacht zu haben. Der Bund der Landwirte hat dagegen auch gar nicht Front gemacht, er hat nur die Ausbeutung der Outsider durch die Wissenden bekämpft. Da könnte man auch Jemandem den Vorwurf machen, daß er einmal Skat gespielt hat, nicht um einen viertel Pfennig, sondern um einen Pfennig. (Lachen links.) Herr Singer hat aber Herrn Plötz als wilden Spieler hingestellt, was durchaus nicht der Fall ist. Jedenfalls liegt hier nichts vor, was Herrn von Plötz mit seiner politischen Stellungnahme in Gegensatz bringen könnte, Herr Singer hat die Börse einen Sumpfboden genannt; bei einem Sumpfboden zieht man Kanäle zur Entwässerung und dies wollen wir hier mit dem Börsengesetz thun.

Abg. Dr. Barth (FVg.): Nach der Rede des Herrn Hahn hat Herr v. Plötz die Wahl, ob er sich als verführtes Opfer von Börsenleuten betrachten will, oder als einen Mann, der wenigstens mit einigem Bewußtsein von Dem, was er gethan, gehandelt. Herr Liebermann hat Recht; antisemitischer Geist steckt in dem Börsengesetz, antisemitischer und agrarischer Geist. Der Bund der Landwirte und der Antisemitismus sind in letzter Linie für das Gesetz verantwortlich. Redner bekämpft noch einmal das Verbot des Terminhandels und polemisiert gegen den Grafen Kanitz. Er bedauert, daß die Regierung nicht das Wort nehme. Sie halte ja das Verbot des Terminhandels für einen Schwabenstreich, wolle es aber akzeptieren. Besser wäre es freilich, sie wählte das Verbot des Terminhandels zur Handhabe, das ganze Gesetz fallen zu lassen.

Nachdem noch Liebermann von Sonnenberg in einer Erwiderung auf die Worte des Abg. Singer zugegeben hatte, daß Rudolph Hertzog für ihn die Schulden bezahlt hat und den Abg. Singer gebeten hatte, sich mit dem Dreschflegel in der Hand photographiren zu lassen, wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1—37 ohne Debatte angenommen, ebenso die §§ 38—49 ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen zweiter Lesung.

§ 50 spricht dem Bundesrat die Befugnis zu, den Börsentermin handel von Bedingungen abhängig zu machen und enthält das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (K.): Ich habe selbst früher Termingeschäfte in Getreide gemacht, und ich könnte mich auf den gleichen Standpunkt stellen, wie gestern Herr von Plötz: Ich könnte sagen, ich habe zwar selbst einmal spekuliert, aber das hindert mich nicht, den Terminhandel jetzt für verderblich zu halten. Ich muß mich dahin aussprechen, daß der Terminhandel zu Ausschreitungen geführt hat, die mich hindern, jetzt und für die Zukunft ähnliche Geschäfte wieder zu machen.

Abg. von Arnim (Rp.) beantragt folgenden Zusatz: „Wenn börsenmäßige Termingeschäfte, die auf Grund dieses Gesetzes verboten, im Auslande abgeschlossen sind, so sind Rechtsansprüche aus diesen Geschäften unklagbar und finden eine Zwangsvollstreckung aus Urteilen ausländischer Gerichte, welche solche Geschäfte nicht betreffen, nicht statt. Etwa schon Geleistetes kann zurückgefordert werden."

Reichsbankpräsident Koch hält den Antrag des Grafen Arnim für wirkungslos und bittet um Ablehnung desselben.

Abg. Dr. Paasche (Nat.) ersucht die Regierung, sich recht bald über den Antrag der sächsischen Regierung, das Verbot des Terminhandels in Kammzug betreffend, schlüssig zu machen. In der Voraussetzung, daß dieses Verbot bald nachfolgt, haben seine Parteifreunde davon Abstand genommen, einen besonderen dahingehenden Antrag zu stellen.

Abg. Gamp (Rp.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners an. Für das Verbot des Terminhandels in Kammzug werde noch eine größere Majorität im Reichstage vorhanden sein, als für das Verbot des Getre determinhandels.

Staatssekretär Frhr. von Marschall hält den Antrag des Grafen von Arnim für unausführbar, weil nach den Bestimmungen der deutschen Zivilprozeßordnung ausländische Urteile, auch wenn sie auf im Inlande verbotenen Differenzgeschäften beruhen, vollstreckt werden müssen.

Abg. Graf zu Stolberg (kons.) hält den Antrag des Grafen Arnim für unbedenklich. Er fragt an, welchen Staaten gegenüber wie durch Reziprozitätsbestimmungen verpflichtet seien.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) spricht sich gegen den Antrag Graf Arnim und gegen das Verbot des Terminhandels in Kammzug aus.

Reichsbankpräsident Koch ist der Meinung, daß der Antrag Graf Arnim auch legitime Geschäfte im Auslande zu hindern geeignet sei. Die Gefahr, daß sich im Auslande eine förmliche Börse für das im Inlande verbotene Termingeschäft etablieren werde, liege nicht vor. Er bitte nochmals, den Antrag abzulehnen.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) hält den Antrag Graf Arnim für eine wirksame Waffe gegen eine Umgehung des Gesetzes. Nur bezüglich der Zwangsvollstreckung habe Freiherr von Marschall Recht.

Die Antragsteller beantragen jetzt vor das Wort „unklagbar" die Worte „soweit nicht Staatsverträge entgegen stehen" einzufügen.

Abg. Graf von Arnim (Rp.) hält es nicht für verwunderlich, daß Herr Koch die Bedeutung seines Antrages so viel wie möglich abzuschwächen suche, aber die Regierung könne sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, wir nehmen zwar das Gesetz an, lehnen aber die Verantwortung dafür ab. Werde der Antrag nicht angenommen, so werde der Umgehung des Gesetzes Thür und Thor geöffnet.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag des Grafen Arnim ergiebt die Ablehnung des Antrages. Dagegen stimmen der größte Teil des Zentrums, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten.

§ 50 wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Die §§ 51—81 werden debattelos angenommen.

Im § 82 ist der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes offen gelassen. Graf Arnim (Rp.) beantragt, § 82 hinzuzufügen:

Der Abschluß von börsenmäßigen Termingeschäften ist nur bis zum 1. Januar 1897 gestattet mit der Maßgabe, daß die bis zu diesem Tage abgeschlossenen Geschäfte auch bis zu diesem Tage abgewickelt sein müssen.

Abg. Gamp (Rp.) beantragt: Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1897 in Kraft.

Die beiden Anträge werden angenommen, ebenso die Resolutionen, die sich auf das Verbot des Terminhandels von Kammzug und auf die zur Einführung gelangenden Wertpapiere beziehen.

Der Präsident fragt nun, ob sich ein Widerspruch gegen die Vornahme der Gesamtabstimmung im Hause geltend mache.

Es erhebt sich kein Widerspruch und das Börsengesetz wird in dritter Lesung in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Gruppen angenommen.

Obwohl es bereits sechs Uhr ist, tritt das Haus noch in die erste Beratung des Handelsvertrages mit Japan ein.

Abg. Munck-Ferber (natl.) ist zwar grundsätzlich mit dem Handelsvertrage einverstanden, hat aber Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages. Vor allem müsse das Recht der japanischen Gilden, fremdländische Industrieerzeugnisse zu boykottieren, beschränkt werden, und er frage die Regierung, ob sie Schritte nach dieser Richtung unternehmen wolle.

Staatssekretär Freiherr v. Marschall erwidert, daß die japanische Regierung es nie habe an Entgegenkommen fehlen lassen; mehr Zugeständnisse seien aber nicht zu erreichen gewesen.

Die Debatte wird darauf geschlossen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Zweite Beratung des Handelsvertrages mit Japan, dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle.

Schluß 6½ Uhr.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 8. Juni.

— **Das Duell Wagner-Stumm** ist bekanntlich nicht mit scharfer Waffe zum Austrage gekommen, sondern hat sich in eine fortgesetzte Preßfehde aufgelöst, in der hauptsächlich die „Post" für den König Stumm Kopffechter-Dienste verrichtete. Der evangelisch-soziale Kongreß hatte der „Post" die erwünschte Gelegenheit geboten, Professor Wagner abermals anzurempeln. Anlaß dazu bot ihr eine gelegentliche Bemerkung des christlich-sozialen Professors, daß er lieber mit Bebel als mit Stumm seinen Namen unter ein Zirkular (es handelte sich dabei um ein Zirkular zu Gunsten der Beschaffung von Sitzen für Ladnerinnen) setzen wolle. So etwas grenzt, nach Ansicht der „Post", natürlich an Hochverrat. Professor Wagner hat nun in einer Zuschrift an das „Volk" Veranlassung genommen, sich über Herrn v. Stumm auszusprechen. Er sagt da:

„Jedenfalls will ich lieber in einer solchen guten Sache mit einem persönlich achtungswerten Manne wie Bebel als in irgend einer Sache auf einem Zirkular je mit einer Persönlichkeit wie etwa dem Herrn v. Stumm zusammenstehen. Das war und ist wohl verständlich und wendet sich nicht gegen den Sozialpolitiker Stumms, noch lautet es für den Sozialpolitiker Bebel, sondern es vergleicht die menschlichen Persönlichkeiten beider. Ueber meine Stellung zu beiden sonst habe ich mich nicht einmal andeutungsweise geäußert, wie mir die „Post" insinuiert. Soll ich es aber thun, so sage ich offen: Bebel ist mir nicht ein „ernstlicherer" Gegner als Herr v. Stumm, wohl aber ein „ehrlicherer". Ob überhaupt aber noch ein „ernster", d. h. ein ernst zu nehmender Gegner in Herrn v. Stumm zu sehen ist, darüber sind die schon im vorigen Jahre bei mir und anderen aufgetauchten Zweifel mittlerweile allerdings noch gestiegen. Ton und Inhalt seiner Angriffe gegen Christlich-Soziale, Evangelisch-Soziale, Pastoren, Professoren, Beamte, überhaupt aber Andersmeinende, lassen immer mehr bezweifeln, ob man es mit einer noch völlig für seine Aeußerungen verantwortlichen Persönlichkeit bei Herrn v. Stumm zu thun hat. Die jüngsten Vorgänge, seine Reden und Ausfälle in Saarbrücken, haben wohl in weiten Kreisen diese Zweifel bestärkt. Schon deswegen verzichte ich darauf, ihm und seinen Organen, „Post", „Schleifstein", eine Abwehr ihrer Verunglimpfungen unserer guten Sache und unserer Personen zu teil werden zu lassen."

— **Wem die Palme gebührt,** ob der preußischen oder sächsischen Justiz, das ist nachgerade schwer zu entscheiden. Die erstere hat durch ihre Vertreter in Mühlhausen (Thüringen) die Notwendigkeit anerkannt, auch Sozialdemokraten gegen „psychische Beunruhigung" schützen zu müssen, indem das Schöffengericht wegen eines Hochs auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie einen Zigarrenarbeiter zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilte. Der von dem Angeklagten angeführten Rechtfertigung, daß die betreffende Versammlung als eine sozialdemokratische angemeldet und auch nur Sozialdemokraten dort anwesend gewesen seien, bei denen dieses Hoch kein Aergernis erregt habe, schloß sich das Gericht nicht an. Es sei anzunehmen, daß auch Nichtsozialdemokraten, z. B. Neugierige dort anwesend gewesen seien, außerdem könnten sich auch Sozialdemokraten über ein solches Hoch ärgern, da, wie selbst Reichstagsabgeordnete im Reichstage ausgeführt, ein Teil der Sozialdemokraten bemüht sei, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur auf gesetzlichem Wege, nicht durch Revolution zu ändern."

Dagegen schützt die königlich sächsische Justiz die Friedhofsbesucher vor „Belästigung". Auf zwei Dresdener Friedhöfen liegen die Opfer des 1849er Maiaufstandes begraben, ohne daß die Bourgeoisie noch daran denken würde, die Gräber ihrer Revolutionskämpfer pietätvoll zu schmücken. So hat ihr denn das Proletariat die Ehrenpflicht abgenommen. Bis jetzt hat man die Arbeiter auch ruhig gewähren lassen, denn die Bourgeoisie, der an diesem Tage das Gefühl ihrer Erbärmlichkeit aufsteigen mag, war froh, wenn der Tag ohne viel Lärm vorüberging. Nun hat sich der Staatsanwalt der Sache plötzlich angenommen. Er hat gefunden, daß die Art unserer Pietätsbezeugung „Grober Unfug" sein soll. Die Genossen Lange und Zimmermann erhielten auf Antrag der Staatsanwaltschaft amtsrichterliche Strafbefehle über 75 und 100 Mk., weil sie am 9. Mai 1896, vormittags, gemeinschaftlich dadurch die öffentliche Ordnung verletzt haben sollen, daß sie auf dem Trinitatis- und Annenfriedhofe je einen Lorbeerkranz mit einen Meter langen und fünfzehn Centimeter breiten, feuerroten (!!!) Schleifen an einem Lebensbaum in einer Höhe von 2½ Metern befestigten beziehungsweise auf einem Grabstein niederlegten, was geeignet gewesen sein soll, die dort vorübergehenden Besucher der genannten Friedhöfe ungebührlicherweise zu belästigen und den öffentlichen Frieden zu stören. — So, also trauernde, leidtragende Friedhofsbesucher, die ebenfalls gekommen sind, an unvergeßliche Tote zu denken, sollen sich nach Ansicht des Staatsanwalts geärgert haben, weil andere Leute von gleichem Gefühl beseelt waren und dies in ihrer Weise zum Ausdruck brachten!

Man weiß wirklich nicht, wo es sich besser wohnen läßt, ob im Bereich der preußischen oder der sächsischen Justiz, die sich beide durch so weitgehenden Schutz des Privatmannes gegen „Beunruhigung" oder „Belästigung" auszeichnen. Nur eines läßt da wie dort die Justiz noch außer betracht: daß nämlich auch mancher durch gewisse Urteile und deren Begründung sich beunruhigt fühlt!

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Juni. Die „Staatsbürger-Zeitung" erfährt angeblich zuverlässig, Preußen lehne die Neuregelung des Vereins- und Versammlungsrechtes von Reichs wegen ab und beharre auf dem Standpunkte, daß diese Sache den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse. Der Bundesrat werde dementsprechend beschließen und den Gesetzentwurf über ein neues Reichsvereinsgesetz ablehnen. Diese Prophezeiung ist nicht schwer zu machen.

— Die Budgetkommission des Reichstages nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Umformung der vierten Bataillone, an und lehnte den Antrag Richter auf gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen ab. Auf die Anfrage Richters betreffs der Oeffentlichkeit der Militärgerichtsbarkeit verwies der Kriegsminister auf die Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage.

In der Sitzung am Sonnabend genehmigte die Budgetkommission die Nachtragsforderung von 250 000 Mk. für die Reichsvertretung bei dem Moskauer Krönungsfest.

— Auf die eigene Meinung zu verzichten und sich in Sachen des Bürgerlichen Gesetzbuches einfach dem Willen des Bundesrates unterzuordnen, mutet die Stumm'sche „Post" allen Ernstes dem Reichstag zu. Er müsse es vermeiden, einem Faktor der Reichsgesetzgebung Beschlüsse aufzuzwingen, welche der Bundesrat nach seiner Auffassung mit der salus publica nicht vereinbar finde. Man dürfe es nicht darauf ankommen lassen, ob der Bundesrat sich um des Zustandekommens des Bürgerlichen Gesetzbuches willen eine Art von kaudinischem Joch aufzwingen lassen werde. — Aber der Reichstag soll sich nach Ansicht der „Post" ein solches kaudinisches Joch auflegen lassen. Wenn die Ansicht des Bundesrates derart allein maßgebend sein soll, dann wäre ja der Reichstag einfach überflüssig. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es eine unerhörte Unverschämtheit ist, vom Reichstag zu fordern, er solle den Entwurf nach den Beschlüssen des Bundesrates gutheißen, wo dieser nicht einmal dem ursprünglichen Entwurf gegenüber Enthaltsamkeit geübt, sondern ihn noch in wesentlichen Punkten verschlechtert hat.

— In Bezug auf die Schaffung eines Notgesetzes für politische Vereine bezweifelt die „Freis. Ztg.", daß das Zentrum dem zustimmen werde, meint aber, die Zentrumspartei könnte auch nur durch Gründe, die außerhalb der Sache selbst liegen, veranlaßt werden, sich einem Notgesetz zu widersetzen. „Sogar die Konservativen haben alle Ursache, ein solches Notgesetz zu wünschen. Denn ohne ein solches Gesetz ist die jetzt in mehreren Provinzen geplante organische Verbindung der Landwirtschaftskammern mit landwirtschaftlichen Vereinen absolut unmöglich. Auch würden bei einer gleichmäßigen und durchgreifenden Ausführung des bestehenden Vereinsgesetzes die Führer der landwirtschaftlichen Vereine in erster Reihe wegen Verletzung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes durch Erörterung politischer Fragen strafrechtlich verfolgt werden müssen. Wenn die Regierung nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern nach den praktischen Erfahrungen der Verwaltung urteile, so müßte sie selbst dringend den Erlaß eines solchen Notgesetzes wünschen. Anderenfalls kommen die Behörden in der nächsten Zeit in eine Unsumme praktischer Schwierigkeiten auch für die Durchführung der geltenden Vereinsgesetze nach Richtungen hin."

Karlsruhe, 6. Juni. Dem Zuge der Zeit, der auf allen Gebieten herrschenden Reaktion, muß natürlich auch das „liberale Musterländle" Baden nachgeben. In der Sitzung vom Mittwoch hatte sich die Kammer mit dem höchst „zeitgemäßen" Antrag auf Rückwärtsrevidierung des badischen Dienstbotengesetzes, das bisher noch relativ günstige Bestimmungen für die Dienstboten enthielt, zu beschäftigen. Der Zentrumsabgeordnete Kopf befürwortete die Revision und die Einführung der kriminellen Bestrafung des böswilligen Vertragsbruches. In entschiedener Weise sprach sich der Sozialdemokrat Dreesbach gegen die zwangsweise Einführung von Dienstbotenbüchern für erwachsene Arbeiter aus; desgleichen gegen die strafrechtliche Verfolgung des Kontraktbruches. Regierungsseitig wurde die Prüfung der Materie zugesagt, dabei jedoch betont, daß mit der Bestrafung des Kontraktbruches nicht viel erreicht, für die Landwirtschaft aber die Dienstbotenkalamität dadurch voraussichtlich noch vergrößert werde. Venedey (Vp.) wendete sich dann energisch gegen die verlangte strafrechtliche Verfolgung des Kontraktbuches; das hieße, einen Rückschritt machen zu der nicht gerühmten preußischen Gesindeordnung. Der Strafrichter werde überhaupt in Deutschland viel zu viel in Anspruch genommen. Auch in der Einführung von Dienstbüchern mit Zeugnissen würde er einen Eingriff in die zivilrechtlichen Verhältnisse der Arbeiter erblicken. Deshalb werde er gegen den Kommissionsantrag stimmen. — Nach längerer Debatte wurde dem Kommissionsantrage mit allem Stimmen gegen die der Demokraten und Sozialdemokraten beigestimmt.

Kiel, 6. Juni. In dem Prozesse wegen der fürchterlichen Brückenkatastrophe auf der Germaniawerft am 14. August 1895, die 13 Menschenleben als Opfer forderte, wurde sämtliche Angeklagte freigesprochen, der Werftdirektor Hagen, weil er nicht verpflichtet war, alles nachzusehen, der Erbauer der

Brücke, der frühere Baggermeister Hinrichsen, weil ihm die Qualifikation als Fachmann fehlte, der Platzmeister Ehrhorn, weil er unmöglich alles übersehen konnte. Der Staatsanwalt hatte gegen Hinrichsen und Ehrhorn je 1 Jahr Gefängnis, bez. Hagens Freisprechung beantragt.

Es entsteht nun die Frage, ob die Staatsanwaltschaft gegen diejenigen Anklage erheben wird, welche den früheren Baggermeister, dem die Qualifikation zum Brückenbau fehlte, mit der Erbauung der Brücke betraut haben.

Aus dem Auslande.

Italien. Zum Friedensschluß mit Abessynien schreibt die „Neue Züricher Zeitung“:

Der in Zürich lebende, als Vertrauensmann des Königs Menelik bekannte Ingenieur Ilg hielt sich in den letzten Wochen wiederholt in Rom auf. Ilg wird, wie genanntes Blatt wissen will, nächste Woche auf dem kürzesten Wege zu Menelik reisen mit einem Präliminarvertrag, welcher bestimmt, daß Italien auf den Vertrag von Uccialli, auf das Protektorat und auf die Bedingung verzichte, daß Abessynien unter kein anderes Protektorat treten dürfe. Als Grenze werde der Marebfluß festgesetzt. Ilg glaubt, von Menelik die Freigabe der Gefangenen erlangen zu können, aber erst nach dem endgiltigen Friedensschlusse; darum sei auch von einem Lösegelde in dem Vertrage nicht die Rede. Italien verpflichte sich überdies, dem Negus die Verpflegung und den Transport der Gefangenen zu vergüten. Ilg werde über Obeck reisen und hoffe, in fünf Wochen mit Menelik in Entolo zusammenzutreffen.

— Massauah, 6. Juni. Der Prozeß gegen General Baratieri hat gestern begonnen. Nach Verlesung der Anklageschrift wurden von der Verteidigung sechs Nichtigkeitseinwände gegen die Strafuntersuchung erhoben, welche jedoch abgewiesen wurden. Auf Verlangen der Anklagebehörde schloß das Gericht den General Baldissera als Entlastungszeugen aus. Danach begann Baratieri sein Verhalten genau auseinanderzusetzen, doch wurde die Verhandlung wegen des erschöpften Zustandes Baratieris auf heute Vormittag vertagt.

China. Ueber die Ermordung eines deutschen Offiziers in China berichtet das „Bür. Dalziel“ in London (eine freilich nicht immer zuverlässige Quelle) Folgendes: Nach einem Shanghaier Telegramm wurde der deutsche Instruktionsoffiziere Krause von der Hunauer Leibwache des Vizekönigs von Nanking ermordet, angeblich auf Anstiften hochgestellter Persönlichkeiten. Das ganze deutsche Geschwader in den chinesischen Gewässern wurde nach Nanking beordert, um Genugthuung zu verlangen. Es verlautet, die jetzt in chinesischen Diensten stehenden 50 deutschen Militärs würden abberufen werden, und man würde darauf bestehen, daß ihnen ihr Gehalt für die ganze vertragsmäßige Dienstzeit gezahlt werde. Die „Post“ giebt die Nachricht mit dem Bemerken wieder, daß im Reichs-Marineamt am Donnerstag Morgen noch nichts davon bekannt war, und daß sie im Auswärtigen Amt, das von dem Vorfall Kenntnis haben müßte, keine Auskunft darüber erhalten habe. Eine gewisse Bestätigung aber findet die Meldung in der vom offiziösen Draht am Donnerstag Nachmittag verbreiteten Nachricht, daß laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine die Kriegsschiffe „Prinzeß Wilhelm“, Kommandant Korvettenkapitän v. Holtzendorff, und „Iltis“, Kommandant Kapitänleutenant Braun, am 3. Juni von Shanghai nach Nanking gegangen sind.

Parteinachrichten.

Unterm neuesten Kurs wurden gegen die Sozialdemokraten im Monat Mai erkannt auf 3539 Mark Geld- und 6 Jahr, 9 Monat, 3 Tage Gefängnisstrafe.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 8. Juni.

— **Minden-Ravensberger Sängerfest.** Ueber das gestern hier gefeierte XXII. Bundesfest des Minden-Ravensberger Sängerbundes erhalten wir folgende Zuschrift:

„Lieb Vaterland kannst ruhig sein, der preußische Gamaschengeist erstirbt im deutschen Volke nicht so leicht. Die Arbeitergesangvereine „besserer“ Güte fangen an sich zu uniformieren. Der Minden-Ravensberger Sängerbund feierte gestern sein XXII. Stiftungsfest. Am schönsten nahmen sich die beiden hiesigen Vereine Teutonia und Immergrün im Festzuge aus. Teutonia, jedenfalls der vertrockneten Feuerwehrdekoration auf dem alten Markte wegen, in kleidsamen dunkelblauen Sturmhauben, und Immergrün beliebte sich mit einem mehr studentischen Abzeichen, grüner Schulfuchsmütze mit Goldborte, zu schmücken. Wenn solcher Geist unter der „besseren“ Arbeiterschaft herrscht, sind auch einige Worte zu reden angebracht, was auch Herr Bürgermeister Stapenhorst in wohlgeordneter Rede that. Nachdem die Klänge des Antisemitenliedes „Deutschland, Deutschland über Alles“ verklungen waren, setzte sich der Festzug wieder in Bewegung, um seinem Ziele, dem Johannesberge der hiesigen Schützenbrüder zuzustreben, wohin der Bund samt den Anfängen der Uniformierung auch gut gehört.“

Ferner wird uns hierzu noch geschrieben:

Welche Aufmerksamkeit man den fremden Sängern von Seiten des Bürgertum anläßlich des gestern in unserer Stadt gefeierten 22. Stiftungsfestes des Minden-Ravensberger Sängerbundes zu teil werden ließ, erhellt am besten aus der Thatsache, daß die Häuser so gut wie nicht beflaggt waren. Wir bemerkten sogar, daß teilweise die Flaggen von vergangenem Sonntag bis Ende der Woche heraushingen, am gestrigen Sonntag hatte man sie aber eingezogen. In der Niedernstraße hing eine einzige Flagge und in der Obernstraße wohlgezählte vier. Um aber den Herren Sängern ordentlich zu zeigen, mit welcher Mißachtung man sie strafte, ließ man die alten Guirlanden, welche ganz verdorrt waren, hängen; die Fichtennadeln fielen auf die Köpfe der Festzugsteilnehmer herab. Nicht einmal von Seiten der Stadt hat man etwas gethan, was als eine Ehrung der Gäste aufgefaßt werden könnte. Selbst die Dekoration auf dem Altmarkt, vom Feuerwehrfest herrührend, hatte man nicht einmal aufgefrischt; eine Lyra hätte sich doch wohl anbringen lassen. Das Rathaus war beflaggt, ob es aber zu Ehren der Sänger oder aus Rücksicht darauf, weil Herr Dr. Stapenhorst die Festrede hielt, geschehen ist, lassen wir dahingestellt. Uns wundert nur, daß die guten Leute die entwürdigende Behandlungsweise, welche das Bürgertum ihnen angedeihen ließ, nicht merken. Leute, welche kriechen, werden eben nicht geachtet, das mögen sich die Teilnehmer merken und für die Zukunft sich nicht wieder bei dem Bürgertum anbetteln. Die Festteilnehmer gehörten zum größten Teile dem Arbeiterstande an. Hoffentlich werden sie aus dem Verhalten des Bürgertums eine Lehre ziehen.

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen.“

— **Heute Vormittag** erhängte sich der Schneider S. Nahrungssorgen aus Arbeitslosigkeit sollen das Motiv der That gewesen sein. Er hinterläßt Frau und 4 Kinder.

— **Unfall.** Der Maler Friedrich Brüsse aus Celle, in Stellung bei dem Malermeister Fr., fiel Freitag Nachmittag in der Heinrichstraße beim Anstreichen eines Hauses dadurch von der Leiter, daß eine nicht festsitzende Sprosse nachgab und abbrach. Er fiel auf das Straßenpflaster aus einer ziemlichen Höhe so unglücklich, daß ein Schädelbruch eintrat. Der Verunglückte, welcher anfänglich noch bei Bewußtsein war, wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

— **Diebstahl.** Die vor einigen Tagen vom Wagen eines Botenfuhrmanns am Güterbahnhof abhanden gekommene Kiepe mit Tasche hat sich wieder vorgefunden. Der Eigentümer aus Oerlinghausen hatte dieselbe ohne Wissen des Fuhrmanns an sich und mit fortgenommen. Letzterer hatte sich schon auf Leistung von Schadenersatz gefaßt gemacht.

Jöllenbeck, 4. Juni. Feuer. In letzter Zeit sind in unserer Gemeinde drei Brände vorgekommen, die die Gemüter der Eingesessenen etwas in Aufregung gesetzt haben. Am 13. Mai brannte das Oberlohmannsche Kolonat nieder, am 1. d. Mts. wurde das Stückemannsche Kolonat in Asche gelegt und am vorgestrigen Tage wurde der Kotten des Kolon Sewing ein Raub der Flammen. Vieh und der größte Teil des Mobiliars ist gerettet. Die Feuerursachen der ersten beiden Brände konnten bisher nicht ermittelt werden, dagegen ist es dem Polizeidiener Kindermann gelungen, eine 16jährige Seidenweberin als Brandstifterin des letzten Feuers zu ermitteln und festzunehmen. (W. Z.)

Herford. Verhaftet wurde der Arbeiter W. Kempf aus Bielefeld, welcher tagsüber an verschiedenen Punkten der Stadt skandaliert hatte und abends in der Waisenhausstraße einen anderen Arbeiter mißhandelte. Der rüde Bursche hatte seinen Gegner mit einem Stock über den Kopf geschlagen und ihm einen Messerstich über das linke Auge versetzt.

Münster. Dem „M. A.“ wird geschrieben: Unterm Bogen war ich gestern Abend Zeuge, wie ein Zahlmeister-Aspirant und ein Sergeant eines fremden Kavallerie-Regiments, welche anscheinend betrunken waren, in ungeziemender Weise das Publikum, namentlich Frauen, belästigten. Der Zahlmeister-Aspirant zog sogar blank und fuchtelte mit dem Säbel in der Luft herum. Wie leicht hätte dabei ein Unglück entstehen können!

Osnabrück, 2. Juni. Vor etwa zwei Jahren wurde hier der Musiker Eckhardt morgens in seinem Zimmer tot aufgefunden. Er sollte aus Versehen Karbolsäure getrunken haben. Man sprach damals nur davon, daß seine Frau, eine Hebamme, verw. Kraftschick, geb. Günther, die für ihren Beruf nötigen Sachen hätte verwahren sollen und beruhigte sich dabei. Auch die Mutter der Hebamme war vor 5 Jahren plötzlich gestorben, doch waren darüber keine Ermittelungen angestellt worden. Vor einigen Tagen ist in Lehe eine Hebamme Schmidt verhaftet worden, weil sie versucht haben soll, ihren Schwiegervater zu vergiften, der einmal nach dem Essen, von heftigem Erbrechen befallen, Verdacht schöpfte und den Kaffee, der eigentümlich schmeckte, untersuchen ließ, worauf sich ergab, daß er eine Dosis Gift enthielt. Besagte Hebamme Schmidt ist niemand anders als die frühere Frau Eckhardt, verw. Kraftschick, geb. Günther, deren erster Mann, wie man sich nun erinnert, auch ganz plötzlich gestorben sein soll. So erzählt die „Osnabr. Ztg.“, die gehört hat, daß die Frau noch mehr auf dem Kerbholze haben soll. Das Blatt sieht es auch als belastend an, daß die Polizei in der Hebammentasche einen Revolver gefunden habe. Da jedoch schon mehrfach Hebammen in der Nacht gerufen, auf einsame Wege gelockt und dann überfallen worden sind, so wäre das Mitführen eines Revolvers doch sehr begreiflich.

Zur Buchdruckerbewegung.

Auch die Berliner Buchdrucker haben am Freitag in einer außerordentlichen von etwa 1000 Personen besuchten Verbandsversammlung sich gegen den Verbandsvorstand erklärt. Folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der von Prinzipals- und Gehilfenvertretern gefaßten Resolution gegen den „Korrespondent“ nicht einverstanden; sie spricht dem Redakteur Gasch für sein mannhaftes und mutiges Eintreten für die Interessen der Gehilfen ihre Anerkennung aus und erwartet, daß derselbe auch ferner den „Korrespondent“ in diesem Sinne redigieren werde“.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 6. Juni. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Holle. — Der Kolporteur Wilhelm Meinhardt zu Minden, welcher schon zehnmal vorbestraft ist, darunter wegen Diebstahls siebenmal mit etwa 11 Jahren Zuchthaus, hatte sich heute wieder wegen einer Reihe von Diebstählen zu verantworten. Es handelt sich größtenteils um Wäschegegenstände und Gartengerätschaften, die er des Nachts gestohlen hatte. Die entwendeten Sachen waren teilweise bei dem Angeklagten und dessen Ehefrau, sowie bei der Ehefrau Christine Steffen zu Minden vorgefunden worden. Es wurden bei Meinhardt neun schwere und fünf einfache Diebstähle festgestellt und gegen ihn auf 7 Jahre Zuchthaus, 7 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Wegen Hehlerei erhielt die Ehefrau Meinhardt 3 Monate und die Ehefrau Steffen 6 Monate Gefängnis. — Am Morgen des 4. Februar hatte sich zwischen dem erst 17 Jahre alten Angeklagten Kistenbekleber Heinrich Wiegmann zu Muccum und dessen Bruder August auf dem Wege von Muccum nach Bünde eine Prügelei entsponnen, in deren Verlaufe Heinrich Wiegmann seinem Bruder einen Messerstich in den Rücken beibrachte. Infolge des erhaltenen Stiches hatte sich eine Rippenfellentzündung eingestellt, welche eine Lungenverschrumpfung nach sich zog, an welche der Verletzte zu leiden hat und welche ihm nur gestattet, leichtere Arbeiten zu verrichten. Mit Rücksicht auf die Jugend, andererseits aber in Anbetracht der Schwere der Verletzung erhielt der Angeklagte 6 Monate Gefängnis. — Der Polizeisergeant Friedrich Wilhelm Niedermeyer zu Schildesche ist angeklagt, am 15. Dezember v. J. zu Schildesche in der Ausübung seines Berufes den Zementeur Brinkhoff aus Theesen vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben. Der Angeklagte bestreitet die ihm zur Last gelegte Thatsache, ist aber vom Amtmann zu Schildesche wegen dieser Sache mit einer Disziplinarstrafe von 3 Mark bestraft, welche Strafe er auch ohne Widerrede bezahlt hat. Aus der Beweisaufnahme geht hervor, daß der Angeklagte am fraglichen Abend auf dem Patrouillengange den Brinkhoff wegen angeblichen Pfeifens angehalten, und als dieser das Pfeifen in Abrede stellte, gestoßen. Infolge des nun entstandenen Wortstreites ist Brinkhoff von dem Angeklagten zweimal mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Es wurde demnach der Thatbestand der Anklage für erwiesen erachtet und Niedermeyer zu einer Geldstrafe von 30 Mark eventuell 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Strafmildernd für ihn fiel ins Gewicht, daß er kurze Zeit vorher von mehreren Personen, die von einer Wagenpartie heimkehrten, angegriffen worden und darüber sich wohl noch in Aufregung befunden haben mag. — Der Handlungsgehilfe Fritz Wötzel aus Lößnitz im Erzgebirge, viermal vorbestraft, hat am 28. April auf dem Bahnhofe zu Rheda einen Reisekoffer mit Inhalt gestohlen. Er ist Dieb im wiederholten Rückfalle und wird zu 1 Jahre Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Zwei Sachen wurden vertagt, und in einer Sache wurde auf Freisprechung erkannt.

Soziales.

Zum „Niedergang alter Adelsgeschlechter“. Unter den Familiennachrichten der „Kreuzzeitung“ findet sich folgende Anzeige:

Die Verlobung meiner Tochter Helene mit dem königlichen Leutnant der Reserve des Ulanen Regiments Prinz August von Württemberg (Posensches) Nr. 10 Grafen Meinhardt von Nayhauss-Cormons auf Nieder-Baumgarten bei Bolkenhain in Schlesien zeige ich hiermit an.

Berlin, im Mai 1896.

Julie Hainauer, geb. Prins.

Meine Verlobung mit Fräulein Helene Hainauer, jüngsten Tochter des verstorbenen Herrn Oskar Hainauer zu Berlin und seiner Frau Gemahlin Julie geb. Prins beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Schloß Nieder-Baumgarten bei Bolkenhain in Schlesien.

Meinhardt Graf von Nayhauss-Cormons.

Sekondeleutnant der Reserve des Ulanen-Regiments Prinz August von Württemberg (Posensches) Nr. 10.

Zwei ältere Schwestern des Frl. Helene Hainauer sind bereits vor mehreren Jahren mit adeligen Offizieren verheiratet worden. Der verstorbene Oskar Hainauer, der seine Laufbahn als Commis im Hause Bleichröder begonnen hatte, hat sich durch Börsen- und Terrain-Spekulationen ein ungeheures Vermögen erworben.

Kirche und Schule.

Sich ermannen wollen die sozialpolitischen Pastoren, wenigstens machen sie Anläufe dazu. Die Kreissynode von Gladbach faßt folgende Resolution: „Die Kreissynode hält es für ihre Pflicht, energisch Verwahrung einzulegen gegen alle Versuche, die berechtigte soziale Thätigkeit der Geistlichen, sowie die Ausübung ihrer Bürgerrechte zu beschränken.“ — Wie lange wird es dauern, und auch diese „Gottesstreiter“ folgen dem Beispiel unterschiedlicher Amtsbrüder — fallen um!

Kunst und Litteratur.

Die lustige Station. Briefe aus und über Wörishofen. Von Quidam. So lautet der Titel einer Broschüre, die soeben bei Wörlein u. Komp. in Nürnberg erschienen ist und sich eingehend mit dem bekannten Pfarrer Kneipp beschäftigt. Der Inhalt ist folgender: Zur Einleitung. Einiges über den Wunderort und seine Bewohner. Wie der Herr Prälat kuriert. Wie der Herr Prälat konvertiert. Wie der Herr Prälat profitiert. Die lustige Station. Schlußwort. Zu beziehen ist die Broschüre durch alle Buchhandlungen und Kolporteure, sowie direkt vom Verlag von Wörlein u. Komp. in Nürnberg gegen Einsendung von 70 Pfennig in Marken.

Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	21425,09	M.
Liste Nr. 37 (2. Rate)	12 50	„
Summa	21437,59	M.

Ich bitte um weitere Beiträge, damit die ausgesperrten Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik unterstützt werden können.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells

Quittung.

Für die im Ausstand befindlichen Kopkaschen Tischler gingen ein auf Listen: 3 (4. Rate) 6,80, 4 (4. Rate) 12,—, 5 (5. Rate) 3,50, 8 (4. Rate) 3,45, 11 (3. Rate) 13,75, 11 (4. Rate) 8,75, 12 (3. Rate) 4,—, 14 (3. Rate) 1,80, 17 (6. Rate) 5,80, 24 (3. Rate) 6,20, 25 (4. Rate) 3,20, 27 (4. Rate) 16,85, 32 (3. Rate) 4,45, 33 (5. Rate) 2,90, 38 (5. Rate) 5,10, 40 (4. Rate) 5,55, 44 (2. Rate) 8,40, 51 (1. Rate) 4,—, von einer Versammlung in Enger 3,05, aus Enger 3,20, aus Blotho 10,50, bisher waren quittiert 1607,83, zusammen 1741,08 M.

Anfragen und Sammelgelder sind zu richten an H. Linnenbröker, Herford, Jüdenstr. 4.

Gewerkschaftskartell Herford: H. Linnenbröker.

Briefkasten der Redaktion.

G. Str. Die vier Jahreszeiten entstehen durch die Umdrehung der Erde um die Sonne, indem gleichzeitig die Erdachse schief gegen die Erdbahn (die sogenannte Ekliptik), nicht gegen den Aequator, steht.

Westerenger. Nein, es existiert kein steuerfreies Jahr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen

Tagesordnung

für die

am Mittwoch, den 10. Juni 1896, nachmittags 5 Uhr, stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Antrag des Magistrats auf Zustimmung zur Bewilligung von Mk. 99,50 Umzugskosten für Lehrer Bitter.
2. Desgl. auf Neuwahl zweier Mitglieder des Vorstandes des städtischen Krankenhauses.
3. Desgl. auf Zustimmung zu den Beschlüssen betr. Anrechnung der Naturalbezüge bei Festsetzung des pensionsfähigen Gehalts,
   a) des Ratsdieners Bansmann,
   b) des Gefangenen-Aufsehers Block,
   c) des Gasanstalts-Inspektors Fehling.
4. Desgl. auf Entlastung des Rechnungslegers der Krankenhauskasse für 1. April 1894 bis 31. März 1895 unter Nachbewilligung von Mk. 4271,38.
5. Desgl. des Rechnungslegers betr. Einnahme und Ausgabe der Bürgersteiganlagen unter Genehmigung der Zahlung von Mk. 73,70 Vorschuß aus der Kämmereikasse.
6. Desgl. auf Nachbewilligung von Mk. 2090 für Regelung der Ostseite der Herforderstraße.
7. Desgl. auf Einverständnis Erklärung mit Verlegung eines Kanals von Starke's Mühle zur Ressource, Altstädterkirch- und Hagenbruchstraße unter Bewilligung der Kosten mit Mk. 265,50.
8. Desgl. auf Bewilligung der Hälfte der Zinsüberschüsse der Stadtsparkasse aus 1894 mit Mk. 14457,61 zur Fortführung der städtischen Pflasterarbeiten.
9. Desgl. auf Zustimmung zur Beschaffung eines zweiten (einspännigen) Sprengwagens und Bewilligung von Mk. 1278.
10. Desgl. auf Zustimmung zu dem Beschlusse vom 27. April ds. Js., betr. Festsetzung des Beitrages zu den Kosten des jüdischen Religions-Unterrichts.
11. Desgl. auf Auszahlung des Gehalts für 1.—15. April ds. Js. an einen Lehrer.
12. Desgl. auf Wahl von 3 Mitgliedern zum XX. westfälischen Städtetage.

Bielefeld, den 4. Juni 1896.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung.
Bock II.

Tivoli.

Morgen, Dienstag, abends 8½ Uhr:

I. Abonnements-Konzert

der Brackweder Kapelle. [1496

Hierzu ladet freundlichst ein **H. Wellmann.**

Soeben ist erschienen bezw. im Erscheinen ist begriffen und durch die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, zu beziehen:

W. Liebknecht's

Volks-Fremdwörterbuch.

Siebente Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt.

Komplett in 13 Heften à 20 Pfg.

Volks-Lexikon.

Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige

mit besonderer Berücksichtigung der **Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik.** Nebst General-Register.

Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von

Emanuel Wurm.

Erscheint in Heften à 20 Pfennige.

Bisher erschienen Heft 52.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben erschien im Verlage des „Vorwärts":

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

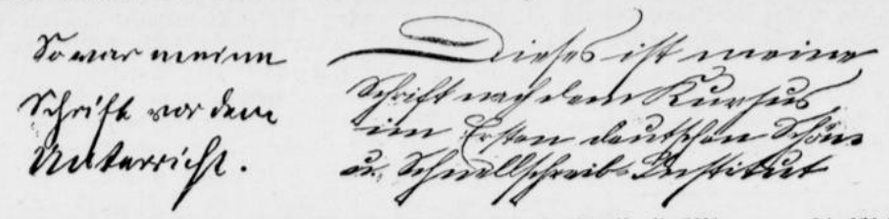
48 Seiten großoktav. **Preis 15 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenen-Urteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks 2c. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der Zeuge Münter eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Restaurant Hintze, Bahnhofstrasse 11.



Eröffne hierselbst einen Kursus im Schönschnellschreiben, Rundschrift, Buchführung 2c. Die schlechteste und unbeholfenste Hand wird durch meine neue Methode **bei streng garantiertem Erfolg** in kurzer Zeit schön und geläufig. Rundschrift wichtig für jeden Kaufmann, Techniker und jeden Geschäftsmann, zum Auszeichnen von Reklameschildern 2c. Anmeldungen erbitte recht frühzeitig und nimmt dieselben mein Vertreter, Herr Borsters, im Restaurant stets entgegen. 1476

M. Schwenzer, Direktor von 6 Unterrichtsinstituten. Erfinder einer neuen Schreibmethode.

Rechnungs-Formulare

liefert schnell und in sauberster Ausführung

Buchdruckerei „Volkswacht"

Ausständige Arbeiter der Dürkopp'schen Lackiererei suchen Arbeit bei Privatkunden im [1492

Anstreichen, Tapezieren, Dekorieren u. s. w.

bei sauberster Ausführung und billigsten Preisen.

Es empfehlen sich

Fr. Burg und **R. Otting,**

Friedrichstr. 57, Friedrichstr. 13.

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,

Schulstraße 20.

Soeben ist erschienen:

Friedrich Engels.

Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften.

Mit Engels' Portrait.

Preis 20 Pfennig (Porto 5 Pfennig).

Die Bedeutung des neben Marx größten Theoretikers des modernen Sozialismus rechtfertigt es wohl, daß mir anläßlich des unerwartet jähen Todes des Altmeisters der deutschen Sozialdemokratie dessen Leben in Wort und Bild vorführen.

Von **Engels Schriften** sind vorrätig:

Engels letzte Arbeit: Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich. Herausgegeben und mit Vorwort versehen von Fr. Engels. 1 Mk., Porto 10 Pfg.

In dem kurz vor Beratung der Umsturzvorlage geschriebenen und während der Reichstags-Verhandlung vielfach zitierten Vorwort zeichnet Engels in meisterhafter Weise die geschichtliche Entwickelung der revolutionären Taktik des proletarischen Klassenkampfes von der Barikade bis zum allgemeinen Stimmrecht. Man könnte dieses Vorwort das politische Testament Engels nennen.

Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Mit Anhang: Die Mark. 30 ₰, Porto 5 ₰.

Internationales aus dem Volksstaat. 30 ₰, Porto 5 ₰.

Zur Wohnungsfrage. 25 ₰, Porto 5 ₰.

Kann Europa abrüsten? 20 ₰, Porto 3 ₰.

Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Brosch. 2 M., geb. 2,50 M., Porto 20 ₰.

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Brosch. 2,50 M., geb. 3 M., Porto 20 ₰.

Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Brosch. 1 M., geb. 1,50 M., Porto 20 ₰.

In Sachen Brentano contra Marx. 1 M., Porto 20 ₰.

Marx-Engels: Das Kommunistische Manifest. 15 ₰, Porto 3 ₰.

Marx: Das Elend der Philosophie. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Brosch. 1,50 M. geb. 2 M., Porto 20 ₰.

Marx: Lohnarbeit und Kapital. Mit Einleitung von Fr. Engels 20 ₰, Porto 5 ₰.

Marx: Enthüllungen über den Kölner Kommunisten-Prozeß. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 ₰, Porto 5 ₰.

Marx vor den Kölner Geschworenen. Mit Einleitung von Fr. Engels. 15 ₰, Porto 5 ₰.

Marx: Bürgerkrieg in Frankreich. Mit Einleitung von Fr. Engels. 30 ₰, Porto 5 ₰.

Borkheim: Die Mordspatrioten. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 ₰, Porto 5 ₰.

Wolff, W.: Die schlesische Milliarde. Mit Einleitung von Fr. Engels. 20 ₰, Porto 5 ₰.

Diese Einleitungen zu den Marxschen Schriften sind in ihrer Knappheit geradezu Meisterstücke der historischen Darstellung einzelner Episoden des modernen Klassenkampfes.

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht"** ist zu beziehen:

Das Arbeiterrecht.

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung.

Mit Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen u. s. w.

Erläutert von

Arthur Stadthagen

früherem Rechtsanwalt, Mitglied des deutschen Reichstags.

Preis pro Heft 20 Pfg. — Vollständig jetzt erschienen in 11 Heften.



Quittungsmarken

in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in saubere Ausführung die

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Neu! Celluloid- Neu!

Portraits

von

Bebel, Liebknecht, Lassalle

in geschmackvoller Ausführung sind zum Preise von

10 Pfennig à Stück

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht.

Kleidermacherin

gesucht. [1495*

Teutoburgerstraße 38.

Geübte Näherin

für gestickte Einsätze außer dem Hause gesucht. [1494*

Obernthorwall 34.

Laufjunge

für ganze Tage gesucht. [1471*

Rob. Oelsner.

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs

vor dem Reichstag.

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm 2c., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse.

Als zu Geschenken bei allen Gelegenheiten passend

empfiehlt die Buchhandlung der „Volkswacht", Bielefeld, Schulstraße 20:

Aus dem Klassenkampf

Soziale Gedichte

herausgegeben von Eduard Fuchs, Karl Kaiser, Ernst Klaar.

Preis eleg. geb. 1 Mk. 50 Pfg.

In geschmackvollen Einbänden

Fünf Bände

Deutsche Arbeiter-Dichtung.

Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier.

Von

E. Hasenclever, Frohme, Lepp, Jac. Audorf, Max Kegel, A. Schen u. a.

Preis jedes einzelnen Bändchens 1 Mk.

„Lichtstrahlen der Poesie"

Gedichtsammlung

von

M. Kegel.

Reich illustriert von **O. E. Jan.**

In Prachtband gebunden mit Goldschnitt Mk. 3,50.

In der **Buchhandlung „Volkswacht"** sind folgende Broschüren vorrätig:

Domela Nieuwenhuis, Mein Abschied von der Kirche. Zwei Vorträge: 1. Die Kirche und die soziale Frage. 2. Mein Abschied von der Kirche. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und E. Groth. Höchst interessante und gemeinverständliche Agitationsschrift. Vierte Auflage. 32 Seiten. Preis 25 Pfg.

— Das Leben Jesu. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes. Aus dem Holländischen übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. Preis 40 Pfg.

— Die Bibel. Ihre Entstehung und Geschichte. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeiten Volkes. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. 2. Auflage. Preis 40 Pfg.

Joh. Sassenbach, Die heilige Inquisition. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Religion. 190 Seiten. Preis 60 Pfg.

Hoffmann, Dr. phil. **Ludw.,** Ist Religion Privatsache? Eine Erörterung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Christentum. (Gegenschrift.) 39 Seiten. Preis 30 Pfg.

Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,50 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Karl Hoffmann** in Bielefeld.

Nr. 132.

Deutscher

99. Sitzung vom 8.

Präsident von Buol eröf

Am Bundesratstische: v.

Das Haus tritt zunächst in japanischen Handelsvertrags ei

Abg. Graf von Kanitz dem Vertrage zustimmen. Es sich unter den obwaltenden U hat im vorigen Jahre bei ein Zugeständnisse machen müssen, stattgehabt haben. So habe verzichtet, in Japan Grundeig mängelt einige Unklarheiten, einzelnen Bestimmungen beste fehler seien.

Staatssekretär Frhr. von trag bestehe bloß in deutschen die deutsche Fassung sei also

Abg. Müller-Fulda Bedenken des Abg. Grafen K

Nach weiteren Auseinand sekretär von Marschall und de die Diskussion über Artikel 1 ebenso die Artikel 2 bis 4.

Bei Artikel 5, der die weist Abg. Graf Kanitz da Zugeständnisse gemacht haben Union gethan habe.

Artikel 5 wird darauf ge

Bei Artikel 17, der vo handelt, bemerkt

Abg. Münch-Ferber das japanische Musterschutzgese deutsche Musterschutz aber ohn worden sei. Er bittet u in welcher die Regierung g japanische Musterschutzgesetz v

Abg. Frhr. Heyl zu H dem Wunsche des Vorredners den Japanern gegenüber vors

Staatssekretär Frhr. von die japanische Gesetzgebung Haus es wünsche, werde er e Die japanische Gesetzgebung s beruhe im wesentlichen auf Gesetzgebung. Deutschland se

Der Artikel wird darau des Handelsvertrags ohne De

Eine B

Roman von

Autorisierte Uebers

58

Trotzdem fühlte sie sich n gleichbar, an deren Wurzeln nagen und die trotz der Sorgf der Sonne und der erquicke schwand Germaine zusehends war nur träge, müde und lo pfindung, als wolle sie in Todesschlaf übergehen. Tage ohne sich zu regen, ohne zu Wenn sie sich von Zeit zu bald die Zärtlichkeit selbst ge Ironie, aus der ein Haß g Savenay vermochte nicht zu durch die Kleider hindurch die zu fühlen, oder die bitteren sich ihr wie vergiftete Pfeile entstellt nicht nur das Aeußer mächtig auf den Charakter e Zeit fast unkenntlich. Zuwe oft sieht man mit schmerzlic geliebten Kranken ein bitteres einen Gefallen daran zu find es selbst leiden muß. Eine Liebe verbluten und töten der Angst den heftigsten zufügt.

Unter der Einwirkung de Germaine ebenso oft Anwa Eßlust. Besonders an gew eines erneuten Anfalls sich machten, war sie zornig au darum, weil Norine und die